

Central-Volkshblatt

Mit dem Regierungsbezirk Arnberg
mit den Kreis-Beilagen „Sonntagsblätter“ und „Der Gemeinnütze“.

Bestellen Sie das Central-Volkshblatt mit Anrechnung der Post- und Postgebühren durch den Briefträger ins Haus gebracht 2 2 Mk.

Anzeigen werden spätestens bis 10 Uhr nachm. in Arnberg, größere möglichst früh erbeten. Die sechsgeheften Beilagen oder deren Raum kostet 20 Pf. Bekanntheit in Leipzig die Beile 20 Pf.

Verantwortlicher: Arnberg Nr. 44
Post Nr. 376

Hauptverbreitungsort: Die Post Arnberg, Jock, Typdruck, Meische, Grilon, Olpe, Altena, Herloha und Hamm.

Postfach-Nr. 53 446.

Telegr.-Nr. 41
Wöpperling.

Nr. 265.

Arnberg und Wehl, Donnerstag den 14. November 1918.

63. Jahrgang

Pünktliche Übergabe der Kriegsschiffe oder Helgoland. Die Alliierten zur Ernährungshilfe bereit?

Die Einsicht

ist ein Ding, das vielen Menschen erst recht spät kommt. Das zeigt so recht die gegenwärtige Zeit, in der sämtliche bisherigen Verhältnisse des öffentlichen Lebens kaleidoskopartig durcheinandergeworfen, ja direkt auf den Kopf gestellt werden. Man kann es manchmal, dem nur einmal die Gabe des Schnell Denkens und der Beweglichkeit in der Orientierung nicht gegeben ist, nicht verdenken, wenn er Zeit gebraucht, um sich in die neue Lage hineinzufinden und sich ihr anzupassen. Man kann es auch verstehen, wenn es manchem, der sich bisher ein Halbgotz dünkte, nicht in den Kopf will, daß er von jetzt an nicht mehr sein soll, wie jeder andere gewöhnliche Europäer. Der eine lernt eben schnell, der andere langsam, und so ist es auch mit dem U m lernen. Wohl dem, der sich veränderten Lagen schnell anpaßt.

Zu denen, die total umlernen müssen im politischen und sozialen Denken, gehören in erster Linie die Konservativen. Wenn schon ein hoch immerhin unter der Einwirkung demokratischer Einflüsse stehender Zentrumstraf vor zirka 10 Jahren in einer Besammlang mit einem deutlich hervoran Unterton des Bedauerns von den „Rechten, die das Volk nun einmal hat“, sprechen konnte, was ihm allseitige lebhafteste Umarmungen seiner Parteigenossen eintrug, so kann man sich ohne Mühe ausmalen, wie die mit souveräner Verachtung auf die misera plebs herabblühenden feudalen Herren vom Schlage eines Oldenburg-Jamuschau über die Rechte des Bürgerthums und der arbeitenden Klassen dachten. Wenn diese Herrschaften in dem faherjämmerlichen Gefühl gänzlichen Aufgeschmissenseins jetzt auch „anders herum“ können, dann können wir ihnen das kein besten Willen nicht als ein besonderes Verdienst buchen. Der Sien m u ß eben! Nichts desto weniger wollen wir uns über die vollständige Gesinnungsänderung freuen, da sie der unerlässlich notwendigen Einigung des deutschen Volkes zugute kommt.

Der engere Vorstand der konservativen Partei hat auf Grund einer eingehenden Besprechung der Gesamtlage der Deutschland eine Erklärung übergeben, deren Schlüsselsätze lauten:

„Die Wandlung unserer politischen Verhältnisse, die der Krieg im Gefolge gehabt hat, schließt auch für die konservative Partei die Pflicht in sich, im Anschluß an alle und bewährte Ueberlieferungen sich mit neuem Geiste zu erfüllen und den Aufgaben dieser neuen Zeit gerecht zu werden. Sie wird ihre Arbeit im Rahmen der zur verfassungsmäßigen Einigung gebildeten parlamentarischen Regierungsweise zu leisten haben.“

Ferner wird eine Neubearbeitung unseres Parteiprogramms im Einvernehmen mit den konservativen Fraktionen alsbald vorgenommen und sodann einer Gesamtbekanntmachung der Partei zur Beschlusfassung vorgelegt werden. Auch dabei wird Bedacht zu nehmen sein, daß das Programm den Zutritt verwandter Richtungen erleichtert und noch weitere Volksteile als bisher umfaßt, beziehungsweise uns näherbringt.“

Und der freikonservative Abg. v. Kardorff, der im Re-äure der Wahlrechtsverhandlungen des Abgeordnetenhauses, entgegen dem damaligen geschlossenen Widerstande der rechtsstehenden Parteien gegenüber dem gleichen Wahlrecht, den von der Wahlrechtskommission vom 11. Juli 1917 zum Ausdruck gebrachten Willen des Königs und den damit übereinstimmenden Standpunkt der Staatsregierung mit größter Entschiedenheit vertreten hat, hat kürzlich in einer bemerkenswerten Rede ausgeführt:

„Es ist nicht wahr und es ist eine Entstellung der Tatsachen, wenn man es so hinstellt, als ob eine maßgebende Demokratie diese Not des Vaterlandes benutzt hätte, um die Macht in ihre Hände zu bringen. Das Waffenstillstandsangebot ist Demokratie Deutschlands war ein integrierender Bestandteil der ganzen Aktion. Es ist nach allem, was Präsident Wilson gesagt hat, ganz klar, daß nur ein demokratisches Deutschland überhaupt darauf rechnen konnte, daß irgendwelche Waffenstillstandsangebote irgendwelche Berücksichtigung bei ihm gefunden hätten.“

„Sehe ich die Aufgaben der Politik der Zukunft richtig, so sind es zwei Aufgaben, die uns gestellt sein werden. Die eine Aufgabe wird die sein: wir werden verstehen müssen, die großen Handarbeitenden Massen als ebenbürtige Glieder in das Staatsganze einzugliedern, wir werden die Frage des Arbeiterrechts und der Gewerkschaften anders ansehen müssen, als bisher; wir können nicht vergessen, mit welcher Treue sie zum Lande gestanden haben. Wir werden auch den Rastengeist, das Cliquewesen abstreifen müssen. Wir werden zusammengehen, einigen Volke. Das ist die eine Aufgabe. Die andere, die ich sehe, die dem deutschen Volke vorgezeichnet ist: Menschen mit ganz anderen Augen ansehen. Die Frage der inneren Kolonisation mit ganz anderen Augen ansehen müssen als bisher, und wir werden dafür sorgen müssen, daß der deutsche Bauernstand im Dien der Monarchie — ich denke da nicht so sehr hier an unsere alte Dinarke — an Zahl gestärkt wird. Was der Staat an Domänen besitzt, was die Gemeinden, was Korporationen an Grundbesitz haben, das muß hergegeben werden für die Bede der inneren Kolonisation.“

Wir waren, nachdem wir Vorstehendes gelesen hatten, zunächst sprachlos, pass, platt! Und dann fühlten wir uns verhinwegzuführen. Aber schließlich mahnte uns der Gedanke an den Sinn der Zeit, die Sache von einer anderen Seite zu betrachten. Und wir freuten uns, wie wir schon einleitend sagten, über diesen vollständig unvorhergesehenen Gesinnungswechsel von Volksgenossen, die sich bisher politisch und sozial total abgetrennt hielten. Wir freuten uns herzlich! Doch keine

Freude ist wolkenlos. Und was uns diesmal die Freude trübt, das ist der Gedanke, daß das deutsche Volk mit ganz anderer Kampfesfreudigkeit in den Krieg gezogen und von einer ganz anderen Ausdauer besetzt gewesen sein würde, wenn das Rezept des Abg. von Kardorff schon vor 1914 in Anwendung gewesen wäre. Und wenn dann während des Krieges der alte gute preussische Wahlspruch *sum omniqne, jedom das Seine*, auch bei der Lebensmittelverteilung strikte durchgeführt sein würde, dann wäre Deutschland unüberwindlich gewesen! Daß es anders war, das trübt uns, wie gesagt, die Freude.

Erlasse der Volksregierung.

Die Volksregierung an Hindenburg.

WB Berlin, 12. Nov. Telegramm der Volksregierung an die Oberste Heeresleitung:

Die Volksregierung ist von dem Wunsche befeht, daß jeder unserer Soldaten nach den unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kurzer Zeit nach der Heimat zurückkehren. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich geht. Falls einzelne Gruppen willkürlich zurückblieben, gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein. Die Volksregierung erwartet von Euch strenge Selbstzucht, um unermeßlichen Schaden zu verhüten. Wir ersuchen die Oberste Heeresleitung, das Feldherren von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hier Voraussetzung.
2. Das Vorgesetztenverhältnis der Offiziere bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Durchführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung müssen deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.
3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung des Urlaubes und der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf Verhinderung von Ordnung und Meuterei hinzuwirken.
4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Mannschaften und Beamte.
5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnen, gleiche Feldzulagen für Offiziere und Mannschaften.
6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Minderungen Gebrauch zu machen.

Hindenburg an die Aemere.

* Berlin, 13. Nov. Feldmarschall v. Hindenburg hat an die deutsche Armee nachfolgenden Erlass gerichtet:

„In die Armee! Der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung hat die Aemere Gewaltiges vollbracht. In siegreichen Angariffsschlachten und in harten Kampfen zu Lande und in der Luft haben wir den Feind vor unseren Grenzen fangehalten und die Heimat vor den Schrecken der Vernichtung des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der uns bis zum Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten hat sich unsere Regierung zur Annahme der harten Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt bestritten. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kräfte. Der Waffenstillstand verpflichtet uns zum schnellen Rückmarsch in die Heimat, unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treue Pflichterfüllung von jedem einzelnen von euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt ihr euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen, ich vertraue auch jetzt auf euch.“

Arbeitsbeschaffung.

In die A- und S-Räte richtet die Regierung einen Erlass, in dem es u. a. heißt:

In Berlin ist ein Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung (Unnobilisierung) errichtet worden. Ihre erste Aufgabe ist, unseren aus dem Felde heimkehrenden Brüdern auf dem Wege zur Heimat und zur früheren Arbeitsstätte helfend zur Seite zu stehen und den aus der Rüstungsindustrie frei werdenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angehörigen andere Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte! Selbst der Zentralstelle.

In der Landwirtschaft sind alle Besitzer verpflichtet, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörige wieder aufzunehmen, ebenso in gewerblichen Betrieben, soweit Hand- und Fußarbeit vorhanden sind. Wo die Aufnahme unmöglich ist, werden die Demobilisierungsgänge durch Notstandsarbeiten helfen. Für arbeiten will, soll arbeiten und auskömmlichen Lohn erhalten. Für alle, die keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen. Die notwendigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist gesichert.

Hilfe auf hartem Wege.

Wir haben, an anderer Stelle unseren Lesern mitgeteilt, daß die ungeheuerlichen Waffenstillstandsbedingungen, die die Entente dem unterlegenen deutschen Volke auferlegt hatte, in einigen Punkten eine Milderung erfahren haben. Leider ist gerade das in ihnen, was den Anlagern den unmenschlichen Charakter verlieh, bestehen geblieben, die Forderung nämlich, 5000 Lokomotiven und 150 000 Waggons an die Entente auszuliefern. Das ist eine Bedingung, die den Lebensnerv des deutschen Volkes trifft, die Zuführung der Lebensmittel an die Verbrauchsstellen.

Freilich sind unsere bisherigen Gegner entschlossen, die Wirkung der Fortdauer der Blockade in etw. aufzuheben. Darüber wird Folgendes gemeldet:

WB Paris, 11. Nov. (Agence Havas.) Clemenceau sagte in einer Ansprache an Journalisten, Deutschland habe mit seiner Kapitulation bis zur Erschöpfung gewartet und sei jetzt außer Stande, seine Lebensmittelvorräte anzufüllen. So die Lage in Deutschland und Österreich-Ungarn verzweifelt sei, würden die Alliierten ihnen bis zum äußersten beistehen da sie für und nicht gegen die Menschlichkeit kämpften.

WB Washington, 12. Nov. Drahtlos. In einem Ansprache auf dem Kongress sagte Präsident Wilson: Die Alliierten beabsichtigen, die Mittel- und Ostsee mit Lebensmitteln zu versorgen und sofort eine Unterstützungsorganisation, wie früher für Belgien, ins Leben zu rufen.

Über diese Absicht, die fürchterlichste Wirkung der Blockade aufzuheben, bleibt völlig belanglos, wenn uns durch die Festnahme eines so wesentlichen Teils der Transportmittel die Möglichkeit gerahnt wird, die gelieferten Lebensmittel ohne Störung auch an die Verbraucher heranzubringen. Wenn die Entente auf ihrer Absicht besteht bleibt, dann bedeutet das den Nord von Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder. Wir hoffen, daß Wilsons Ohr sich gegenüber solcher unerhörten Tatsache nicht verschließt, und wir rechnen darauf, daß zum mindesten die Väter der Entente erwachen, wenn sie Zeuge werden sollten, wie durch den rückwärtslosen Machtwort des Imperialismus Millionen deutscher Arbeiter und Bürger zu Tode gequält werden.

Die erste Pflicht.

WB Rotterdam, 12. Nov. Nach einem Bericht des Nieuwen Rotterdamischen Courant weist die „Times“ darauf hin, daß die Vereinigten Staaten und die Verbündeten gemäß den Waffenstillstandsbedingungen beabsichtigen, Deutschland während des Waffenstillstandes so weit wie möglich Lebensmittel zuzuführen. Es liegt, so schreibt die „Times“, in ihrem eigenen Interesse, in Deutschland eine solide Regierung zu erhalten. Ohne eine beständige Regierung kann man weder den Waffenstillstand durchführen, noch über Frieden verhandeln. Die innere Lage Deutschlands ist heftig und ein großes Volk, das sich in chaotischem Zustand befindet, kann keine Grundlage für einen gerechten Frieden bilden. Die Schaffung dieser Grundlage ist viel wichtiger, als die territoriale Regelung, die warten kann. Aber die Frage der Ordnung in Europa kann nicht warten. Sie muß geregelt werden, ehe vom Frieden und der Bildung eines Völkerbundes die Rede sein kann. Daher ist die erste Pflicht und das höchste Interesse aller Verbündeten, die Herstellung einer freien und für Ordnung sorgenden Regierung zu garantieren. Alle Staaten und Völker sollten daher zusehen, daß gegenwärtige Streitigkeiten oder Besprechungen, territoriale und andere Vorteile einzubringen, verschunnen und vorurteillos gegen die Vertreter einer solchen Richtung zur Folge haben müssen.

Die Besetzung der Schlösser.

* Charlottenburg, 11. Nov. Auch das Charlottenburger Schloß ist bereits von den Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates besetzt. Gegen 2 Uhr nachts drang ein Zug von Westen her in das Schloß ein. Die Polizei stellte sich ihm entgegen und machte von Revolvern Gebrauch, wobei zwei Personen schwer verletzt wurden. Die Beamten wurden sofort entwaffnet und kurz darauf wurde auf dem Schloß die rote Fahne. Auch das Schloß Bellevue im Tiergarten wurde von Abgeordneten des Arbeiter- und Soldatenrates besetzt.

Freie Bewegung der Kriegsgefangenen.

WB Berlin, 10. Nov. Sämtliche Kriegsgefangene durften am gestrigen Sonntag zum erstenmale frei ausgehen. Ihre freie und ungezügeltere Bewegung belebte das Berliner Straßenbild in charakteristischer Weise. Vielfach werden die Gefangenen vom Publikum ins Gespräch gezogen. An verschiedenen Stellen der Stadt ist es zwischen Räteruppen und französischen und russischen Kriegsgefangenen zu Verbrüderungsfeiern gekommen.

Die Armee Madensens.

WB Berlin, 12. Nov. Nach einer Meldung des deutschen Verbindungsstabes in Budapest hat die ungarische Regierung der 11. Armee und der Armee Madensens je 6 Züge täglich zum Abtransport zur Verfügung gestellt.

Die Verteilung der Arbeit.

WB Berlin, 12. Nov. Für die Bearbeitung ihrer Dienstgeschäfte hat die Reichsregierung nachfolgende Geschäftsverteilung vorgesehen: Ebert: Inneres und Militärisches, Haase: Neufries und Kolonien, Scheidemann: Finanzen, Dittmann: Demobilisierung, Verlehnswesen, Rechtspflege und Volksgesundheit, Landsberg: Presse und Nachrichtenwesen, Kunst und Wissenschaft, Barth: soziale Politik.

Weitere Thronversuche.

Kassel, 11. Nov. Der Kasseler Soldaten- und Arbeiter- rat hat an den Reichspräsidenten in Krosen die Frage gerichtet, wie sich der Fürst von Waldeck zur Abkündigung seiner Thronversuche verhalten werde. Der Reichspräsident antwortete, diese Sache werde von